

Günther Ogris, Aleksandra Ptaszynska

Der WählerInnenwille

und wie man ihn erforscht

Sobald das letzte Wahllokal geschlossen hat, kommt die SORA-Hochrechnung im ORF und prognostiziert das Wahlergebnis, das normalerweise drei Stunden später ausgezählt ist. Mittlerweile haben sich alle daran gewöhnt, dass die erste Hochrechnung hervorragend ist, und ab 17.05 Uhr lautet die spannende Frage üblicherweise nicht mehr, wie die Wahl ausgeht, sondern welche Konsequenzen das Wahlergebnis hat.

Wer wird zurücktreten? Wer hat die besten Chancen, Kanzler oder Kanzlerin zu werden? Welche Parteien leiten gar eine größere Reform ein – eine personelle und programmatische Erneuerung? Oder bleibt vielleicht doch alles beim Alten? Welche Parteien bereiten sich aufs Regieren vor, welche aufs Opponieren?

Konsequenzen

Die Antworten auf diese Fragen werden meist mit dem Argument legitimiert, man würde darauf hören, was die WählerInnen wollen. Der Begriff „Wählerwille“ ist in aller Munde: PolitikerInnen aller Parteien handeln im Auftrag ihrer WählerInnen, Meinungsforscher veröffentlichen Umfragen, Gurus und Insider interpretieren, KommentatorInnen kommentieren den WählerInnenwillen und folgern, was daher politisch zu geschehen habe. Des Wählers und der Wählerin Wille sei eine große Koalition, eine politische Wende, eine politische Erneuerung – was immer im Machtkampf zwischen den politischen Lagern gebraucht wird, der „Wählerwille“ dient zur Rechtfertigung.

WählerInnenwille als Rechtfertigung vieler Argumente

„Den Wählerwillen“ jedoch, den gibt es nicht. Bei circa sechs Millionen Wahlberechtigten gibt es keinen einheitlichen Willen, sondern eine große Vielfalt im Wollen, und wenn jede und jeder nur drei Wünsche hat, haben wir bereits 18 Millionen einzelne Hoffnungen – und es gilt, in diesen Hoffnungen die Schwerpunkte, die Gemeinsamkeiten, die Gegensätze und die Widersprüche, die kurzlebigen Wünsche und die langfristigen Bedürfnisse zu erkennen.

Millionen einzelner Hoffnungen

Basiskonzepte für die Wahlforschung

Wie geht man also am besten vor, wenn man die Bedürfnisse und Interessen der Wählerinnen und Wähler erforschen möchte? Welche wissenschaftlichen Disziplinen sind da hilfreich? Dazu einige Gedanken, die die modernsten Methoden der Wahlforschung verständlich machen sollen. Da die „Fächer“ in den Schulen auf den wissenschaftlichen Disziplinen aufbauen, beschreiben wir hier den Zusammenhang zwischen einigen Schulfächern und der Wahlforschung.

Grundlagen der Wahlforschung

Mathematik

Für die Wahlforschung braucht man zunächst grundlegende mathematische Kenntnisse. Schon mit den vier Grundrechnungsarten kann man relativ einfach Wahlanalysen erstellen.

Die Basis für Wahlzahlen

Bevor ein Wahlergebnis feststeht, werden zuerst Stimmen gezählt – und wo gezählt wird, ist die Mathematik die Basis. Die Anzahl der Stimmen pro Partei pro Wahlsprengel und der Anteil an gültigen Stimmen werden ermittelt – Wahlzahlen berechnet, → Mandate entsprechend der Wahlzahlen zugeordnet. Eine Wahlzahl nach d'Hondt, das sollte man in der sechsten Schulstufe berechnen können.

Auch wenn man analysiert, wie viele von 100 Bauern und Bäuerinnen die ÖVP gewählt und wie viele von 100 ArbeiterInnen die SPÖ gewählt haben, hat man es einfach mit Prozentwerten und dem Vergleichen von Prozentwerten zu tun. Einfache Datenanalyse ist bereits Stoff der sechsten Schulstufe – also keine Hexerei.

WählerInnenstromanalysen Für WählerInnenstromanalysen – das Berechnen, wie viele WählerInnen von einer Partei zu einer anderen gewechselt sind – braucht man schon etwas komplexere Verfahren, zum Beispiel lineare Gleichungen mit mehreren Unbekannten. Die löst man allerdings nicht mit den Kenntnissen der Oberstufe, sondern zum Beispiel mit linearen Regressionen – also mit Statistik für AnfängerInnen.

DIE WÄHLER/INNENSTROMANALYSE

WählerInnenstromanalysen bilden die Wanderungen von WählerInnen zwischen kandidierenden Parteien und dem Pool der NichtwählerInnen ab. Sie zeigen im Vergleich zu einer vergangenen Wahl,

- ▶ wie viele WählerInnen ihrer Partei treu geblieben sind,
- ▶ wie viele einer anderen Partei ihre Stimme gegeben haben,
- ▶ woher neu antretende Parteien Stimmen bekommen haben,
- ▶ wie viele WählerInnen welcher Partei dieses Mal nicht wählen gegangen sind
- ▶ oder von den NichtwählerInnen mobilisiert werden konnten.

WählerInnenstromanalysen basieren auf „Aggregatdaten“, also auf Ergebnissen von Bezirken, Gemeinden, Sprengeln etc. Von den dort errechneten statistischen Zusammenhängen wird auf das Verhalten der Wählerinnen und Wähler geschlossen. Es handelt sich um ein spezielles statistisches Verfahren, nicht um eine Umfrage, und man bekommt keinen Aufschluss über die Motive, sondern nur indirekte Hinweise.

Das bedeutet (vereinfacht ausgedrückt): Wenn eine Partei bei der aktuellen Wahl im Schnitt genau in jenen Gemeinden stark ist, in denen eine andere Partei bei der Vergleichswahl stark war, interpretieren wir das als Hinweis, dass viele WählerInnen zwischen diesen Parteien gewechselt haben.

Das Verfahren dazu heißt multiple Regression: „Regression“, weil die Parteienergebnisse der aktuellen Wahl sozusagen auf die Parteienergebnisse der Vergleichswahl zurückgeführt (regrediert) werden. „Multipl“, weil wir das aktuelle Wahlergebnis einer Partei gleichzeitig mit den Ergebnissen aller Parteien der Vergleichswahl in Beziehung setzen.

Zitiert aus: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=10> (letzter Zugriff Juli 2007)

WählerInnenwanderungen bei der Nationalratswahl 2006, in Prozent

	SPÖ '06	ÖVP '06	Grüne '06	FPÖ '06	BZÖ '06	Martin '06	Sonstige '06	Nichtw. '06	Summe '02
SPÖ '02	80	1	1	6	1	2	1	8	100
ÖVP '02	4	72	5	5	3	2	1	8	100
Grüne '02	4	3	69	3	2	2	2	15	100
FPÖ '02	8	2	3	49	15	4	1	18	100
Sonstige '02	16	2	13	11	6	21	19	13	100
Nichtw. '02	2	2	1	3	2	1	1	89	100

Quelle: www.sora.at/de/staet.asp?b=382 (letzter Zugriff Juli 2007)

Lesart: Von den ÖVP-WählerInnen 2002 haben 72 % wieder die ÖVP gewählt, 4 % die SPÖ, 5 % haben die FPÖ gewählt etc. Die Grundthese der WählerInnenstromanalyse ist, dass in jedem Bundesland jede Partei in jeder Gemeinde gleich viel Prozent ihrer früheren WählerInnen verliert. Da es ebenso einen Strom zwischen WählerInnen und NichtwählerInnen gibt, wird eine eigene „Partei der NichtwählerInnen“ eingeführt.

Hochrechnen schaffen wahrscheinlich Siebzehnjährige, die ein wenig mit Excel umgehen können, auch ganz gut. Man gibt ihnen zur Übung die Wahlergebnisse der letzten Wahl und die Hälfte der ausgezählten Ergebnisse von 100 Gemeinden, für die andere Hälfte sollen sie dann Schätzwerte berechnen. Mit ein wenig analytischem Denken und einigen einfachen Excel-Funktionen werden die meisten Schätzwerte ermittelt, die relativ nahe an den tatsächlichen Ergebnissen liegen.

Auch in der Schule oder in der Wohnumgebung kleine Umfragen durchzuführen und dann die Daten ins Excel einzugeben, Häufigkeiten auszuwählen, Prozente und Mittelwerte zu berechnen und so die ersten Schritte in der Datenanalyse zu machen, kann ein sinnvolles Erlebnis sein, das einer Wahlanalyse sehr nahekommt.

Mathematik ist kein Selbstzweck. Gerade für politisch interessierte SchülerInnen und LehrerInnen können Zahlen interessant sein, wenn man die Rechenbeispiele in einen sinnvollen Zusammenhang stellt. Doch Zahlen allein reichen noch nicht für eine fundierte inhaltliche Interpretation – dazu ist es ratsam, mit anderen Disziplinen zu kooperieren.

DIE HOCHRECHNUNG

Wenn bei Nationalratswahlen um 17 Uhr die erste Hochrechnung im Österreichischen Rundfunk ausgestrahlt wird, sind noch nicht alle österreichischen Gemeinden ausgezählt worden. Anhand der ersten ausgezählten Gemeinden lässt sich aber die Hochrechnung erstellen:

Sobald die ersten aussagekräftigen Ergebnisse verfügbar sind, werden die Ergebnisse der bereits ausgezählten Gemeinden mit jenen der vorangegangenen Wahl verglichen. Die daraus abgeleiteten WählerInnenströme werden mit statistischen Verfahren geschätzt und hochgerechnet. Die Annahme dabei ist, dass die WählerInnenströme im Vergleich zur vergangenen Wahl in jeder Gemeinde eines Bundeslandes gleich sind. Partei X verliert in jeder Gemeinde gleich viel Prozent ihrer früheren WählerInnen an Partei Y. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang die sogenannte Schwankungsbreite: Je weniger schon ausgezählte Ergebnisse vorliegen, desto größer ist sie, also der Bereich einer Ungenauigkeit der Berechnungen. Je mehr ausgezählte Gemeindeergebnisse aber im Laufe des Wahlabends eintreffen, desto geringer wird die Schwankungsbreite, das hochgerechnete Ergebnis wird immer exakter.

Quellen: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=336>, <http://www.diepresse.com/home/techscience/wissenschaft/158453/index.do>, <http://sunsite.univie.ac.at/Austria/elections/broukal1.html> (letzter Zugriff 12.07.2007)

Geschichte

Wahlen sind allgemein, frei, geheim und gleich und wiederholen sich periodisch. Jeder und jede Wahlberechtigte kann in einer Wahlzelle wählen und sicher sein, dass niemand über die Schulter schaut und kontrolliert, ob und wen man wirklich gewählt hat. Der freie Wille der WählerInnen soll dadurch unverfälscht zum Ausdruck kommen können.

Unverfälschter WählerInnenwille

Aber gibt es überhaupt einen freien Willen? Wenn man von allen Gemeinden von 1918 bis 2006 Landkarten zeichnet, in denen jene rot gefärbt sind, wo immer die SPÖ eine Mehrheit hatte, und jene schwarz gefärbt sind, wo immer die ÖVP eine Mehrheit hatte – eine Art historischer Atlas des Wahlverhaltens –, dann kann man erkennen, dass in sehr vielen Gemeinden die politische Mehrheit nie gewechselt hat.

Historisch bedingtes Wahlverhalten

Wenn aber in vielen Gegenden seit Generationen immer die gleiche Partei gewählt wurde, dann wundert man sich über die Macht der Geschichte und kann am „individuellen freien Willen“ zu zweifeln beginnen – vielleicht ist es sinnvoller, über „sozial organisierten Willen“ und die Nachhaltigkeit sozialer Organisationen nachzudenken.

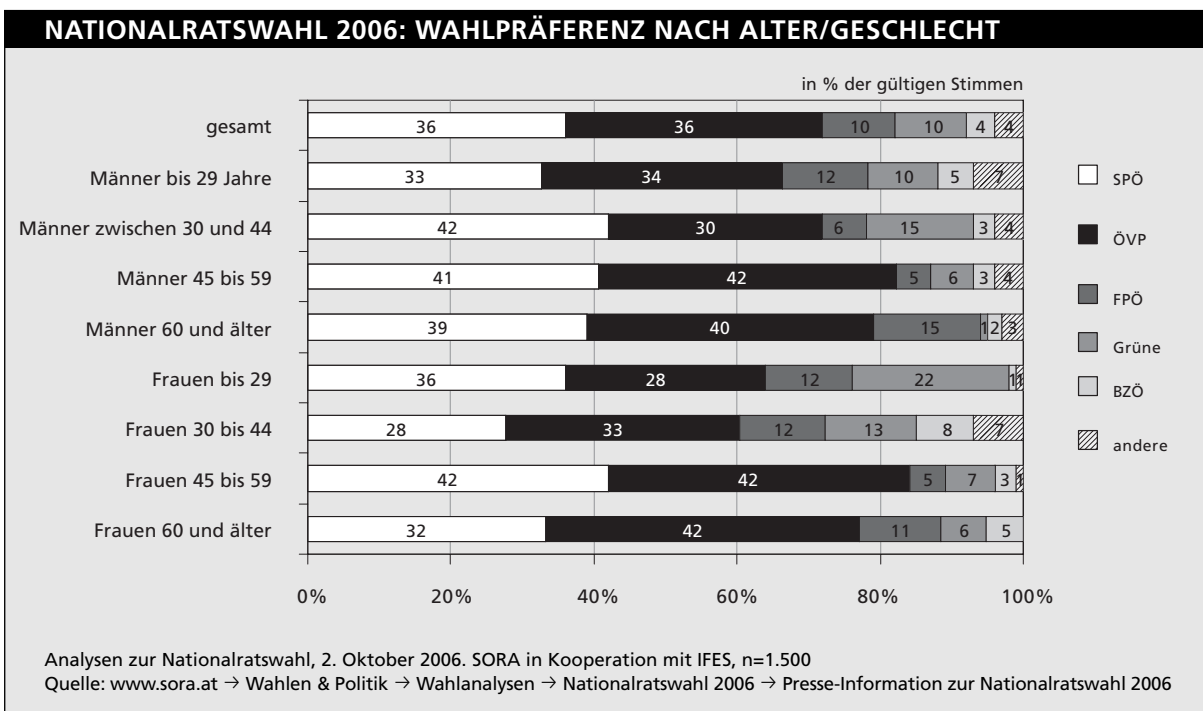
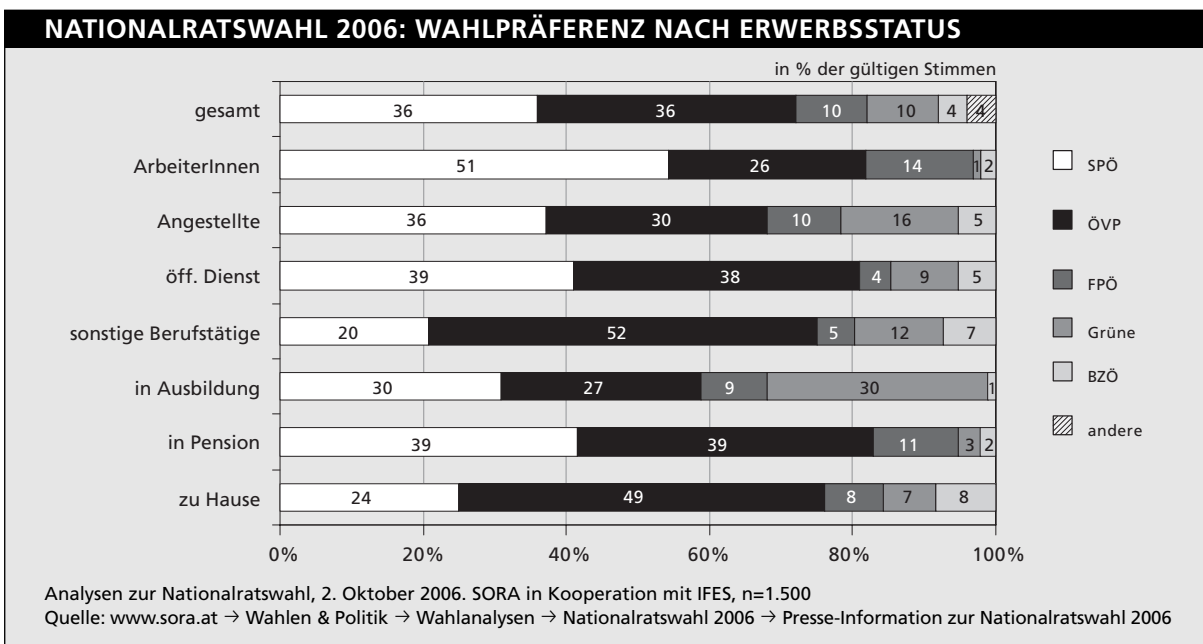
Geografie

Politische Muster finden sich auch, wenn man sich mit der Infrastruktur einer Region auseinandersetzt. Zeichnet man beispielsweise in diesen politisch-geografischen Landkarten alle Eisenbahnknotenpunkte ein, wird man feststellen, dass die meisten davon rot eingefärbt, also typische SPÖ-Gemeinden, sind. Wenn man Gemeinden mit überdurchschnittlicher protestantischer Bevölkerungsmehrheit einzeichnet, findet man dort die Hochburgen der FPÖ und in Kärnten die des BZÖ. Vermerkt man die Gemeinden mit vielen Schweine- oder Geflügelzuchtbetrieben, dann hat man mit ziemlicher Sicherheit eine

Infrastruktur vermittelt politische Positionen

Hochburg der ÖVP gefunden. Und dort wo die Universitäten stehen, in den städtischen Wohngebieten, in denen viele junge Menschen wohnen, die vom Land in die Stadt gezogen sind, dort sind überdurchschnittlich viele GrünwählerInnen zu Hause.

Historisch und geografisch verfestigte Muster Auf diesen historischen und geografischen Landkarten kann man klar erkennen, dass soziale und wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten sehr lange wirken können – so lange, dass sich eine Kombination von Geschichtsforschung und Geografie sinnvoll damit beschäftigen kann. Der „Wählerwille“ ist also in vielen Fällen nicht etwas Aktuelles, ein



auf das Geschehen in den Tageszeitungen konzentriertes Phänomen. Die meisten der „neuesten Trends“, von denen man in den Tageszeitungen liest, halten nicht lange an. Historisch und geografisch verfestigte politische Muster bleiben jedoch oft lange erhalten.

Psychologie

Psychologie spielt nicht nur in unserem alltäglichen Umgang miteinander, sondern auch bei Wahlanalysen eine wichtige Rolle. Politische Psychologie befasst sich einerseits mit Machtausübung und Herrschaft und andererseits mit dem politischen Verhalten von Einzelpersonen, Gruppen oder ganzen Gesellschaften. So lassen sich viele Wahlmotive und Wahlentscheidungen, politische Einstellungen und Vorurteile auf psychologische Faktoren zurückführen.

Wer beispielsweise anderen Menschen grundsätzlich misstrauisch gegenübersteht und sich damit schwertut, Menschen, die er nicht kennt, einen Vertrauensvorschuss zu geben, liest in der Tageszeitung oft die Kriminalberichterstattung und fürchtet sich auch eher vor Zuwanderung. Mangelnde Fähigkeit, anderen Menschen zu vertrauen, steigert also die Bereitschaft, ausländerfeindliche und rechtsextreme Parteien zu wählen. Dies wird vor allem dann aktuell, wenn die wirtschaftliche Lage schlecht ist und sich viele von der Sorge, sie könnten ihre Arbeit verlieren und keine gute Stelle mehr finden, anstecken lassen.

**Misstrauen,
Sorge um
den Arbeits-
platz**

Bei unseren Forschungen zum WählerInnenwillen ist uns vor vielen Jahren auch folgender Zusammenhang aufgefallen: Wer mehrere Fremdsprachen kann oder überhaupt mehrsprachig ist, fürchtet sich weniger vor Fremden und wählt mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ausländerfeindlich und rechtsextrem. Das Lernen von Fremdsprachen und die damit verbundene Auseinandersetzung mit „fremden“ Ländern und Kulturen prägt die Menschen, baut oftmals Berührungängste ab und beeinflusst auf diese Weise auch das Wahlverhalten.

**Sprachkennt-
nisse verrin-
gern Angst**

Obwohl viele gerne behaupten, sie ließen sich bei der Wahl einer politischen Partei oder eines Spitzenkandidaten/einer Spitzenkandidatin von ihrer Vernunft leiten, sind Emotionen bei Wahlentscheidungen ganz zentral. Politik ohne Emotionen funktioniert nicht. Bei politischen Entscheidungen lassen wir uns von unseren Ängsten und Hoffnungen beeinflussen. Am stärksten sind die Gefühle Liebe, Freundschaft und familiäre Nähe. Oft wählen FreundInnen, Familienmitglieder und LebensgefährtInnen die gleiche Partei und beeinflussen einander stark in ihren Ansichten.

**Emotionen
entscheiden
Wahlen**

Zukunftshoffnungen – auf ein besseres Einkommen, eine interessantere Arbeit, eine bessere Ausbildung, eine bessere Wohngegend oder gar auf ein langes, gesundes Leben – sind ganz starke Motivationen, die sich im WählerInnenwillen immer wieder finden lassen. Wegen dieser Zukunftshoffnungen sind politische Programme und die daraus resultierenden Wahlversprechen so wichtig. Parteien und deren SpitzenkandidatInnen müssen glaubwürdig machen, dass sie im Sinne dieser Hoffnungen etwas positiv verändern werden.

**Motivation
Hoffnung**

Deutsch

Eine der wichtigsten zur Erforschung des WählerInnenwillens notwendigen Fähigkeiten ist die Kunst, Fragen zu stellen. Egal ob man ein psychologisches Tiefeninterview führt, um tief liegende Emotionen aufzudecken, oder ein biografisches Interview, weil man daran interessiert ist, welche Lebensereignisse politische Entscheidungen beeinflusst haben – auf jeden Fall ist ein gutes Sprachgefühl nötig, um verständliche Fragen zu verfassen. Bei standardisierten Umfragen ist es besonders wichtig, dass nicht nur die Fragen, sondern auch die Antwortmöglichkeiten eindeutig sind, damit die Ergebnisse sinnvoll ausgewertet werden können.

**Richtig
fragen**

**Klare
Antworten**

Fehler und die Folgen

Es ist erstaunlich, wie viel man dabei falsch machen kann. Etwa zwei Fragen auf einmal zu stellen, sodass bei der Auswertung nicht mehr klar ist, auf welchen Teil der Frage sich die Antwort bezieht. Oder doppelte Verneinungen zu verwenden – was oft vorkommt, wenn man oppositionelle Meinungen erforschen will. Die Folge davon ist aber, dass ein Teil der Befragten sich mit der Frage schwertut und sie inhaltlich leicht falsch interpretiert. Oberstes Gebot ist das Prinzip der Einfachheit – die Fragen sollen möglichst klar formuliert und für alle potenziellen Befragten verständlich sein.

Bildung und der WählerInnenwille

Bildung und Wahlentscheidung eng verbunden

In vielen Fällen gibt es einen – oft indirekten – Zusammenhang zwischen Schule, Ausbildung und dem WählerInnenwillen. So haben bei der letzten Nationalratswahl Personen überdurchschnittlich häufig die FPÖ gewählt, deren Eltern einen Maturaabschluss erreicht hatten, sie selbst jedoch nicht. Menschen, die über 50 Jahre alt sind und eine Universität absolviert haben, sind überwiegend ÖVP-WählerInnen. Und diejenigen, die ein Studium abgeschlossen haben, aber unter 50 Jahre alt sind, wählen mehrheitlich die Grünen. In den 1990er-Jahren wählten FacharbeiterInnen, die keinen FacharbeiterInnenjob bekommen konnten und als HilfsarbeiterInnen arbeiteten, mehrheitlich FPÖ. Viele AkademikerInnen, die in Sekretariaten oder im Gastgewerbe jobben und keinen entsprechenden akademischen Beruf finden können, wählen die Grünen.

Politische Bildung als wichtiger Faktor

Bei der Analyse von Wahlverhalten lassen sich viele solcher Muster finden. Und sie alle zeigen, dass der WählerInnenwille nicht ganz so frei ist, sondern von vielen Faktoren beeinflusst wird. Die Schule ist dabei ein ganz entscheidender Faktor. Politische Bildung ist in diesem Zusammenhang also viel mehr als ein Unterrichtsprinzip oder ein Schulfach. Schule und die Art und Weise, in der sie unser Leben prägt, haben wesentlichen Einfluss auf unsere Wahlentscheidungen. Wichtig ist eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Prozess, wie der WählerInnenwille geformt wird. Denn diese Reflexion ist wichtig dafür, sich einen „Willen bilden“ zu können.

Günther Ogris, M.A.

Master of Social Science Data Analysis an der University of Essex, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts SORA (Institute for Social Research and Analysis); zahlreiche Lehrtätigkeiten, u.a. an den Universitäten in Wien und Graz sowie am Institut für Höhere Studien in Wien.

Aleksandra Ptaszynska, Mag.

Studium der Soziologie an der Universität Wien, wissenschaftliche Mitarbeiterin am sozialwissenschaftlichen Institut SORA (Institute for Social Research and Analysis).

Weiterführende Literatur

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler. München 1991.
Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Sommer, Franz (Hrsg.): Das österreichische Wahlverhalten. Wien 2000.
Reichmann, Alexander/Salfinger, Brigitte/Nitsch, Sigrid: Die Macht

der Wahlenthaltung, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Burkert-Dottolo, Günther/Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006. Wien-München 2007, S. 163–186.
www.sora.at



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Infografik: Nationalratswahlen 2006: Wahlpräferenz nach Bildungsmobilität

VON DER WÄHLER/INNENREGISTRIERUNG BIS ZUR STIMMABGABE

Wie kommt es zur Wahl?

Nach dem Ende der Legislaturperiode muss spätestens nach vier Jahren – laut Wahlrechtsreform 2007 nach der kommenden Nationalratswahl spätestens nach fünf Jahren – neu gewählt werden. Der → Nationalrat beschließt mit einfacher Mehrheit, sich aufzulösen. Die Ausschreibung der Wahl zum Nationalrat und Festlegung des Wahltages wird verordnet, der weitere Verlauf der Wahl ist in der Nationalrats-Wahlordnung 1992 festgelegt.

Die WählerInnenregistrierung

Die WählerInnenevidenz ist Basis für die vor einer Wahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin oder des Nationalrates sowie bei Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen anzulegenden Verzeichnisse.

Wahlberechtigte mit Hauptwohnsitz in Österreich werden automatisch in der für sie zuständigen Gemeinde in der nationalen WählerInnenevidenz¹ erfasst. Die Evidenz umfasst alle österreichischen StaatsbürgerInnen ab 14 Jahren², die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und die in der für sie zuständigen Gemeinde den Hauptwohnsitz haben. Auf ihrer Basis wird in der Gemeinde das aktuelle WählerInnenverzeichnis erstellt, nur wer in diesem vor der Wahl erfasst ist, darf wählen. Wer nicht eingetragen ist, kann Einspruch erheben, über den bis zwei Wochen vor der Wahl entschieden wird.

Wer nicht dort wählen gehen kann, wo er oder sie im WählerInnenverzeichnis eingetragen ist, muss eine Wahlkarte schriftlich bis spätestens vier Tage oder mündlich bis spätestens zwei Tage (12:00 h) vor dem Wahltag beantragen. Damit kann er/sie dann am Wahltag in jenen Wahllokalen die Stimme abgeben, die Wahlkarten entgegennehmen, oder durch Besuch einer besonderen Wahlbehörde oder mittels Briefwahl. BriefwählerInnen können gleich nach Erhalt der Wahlkarte wählen. Wahlkarten müssen per Post spätestens am achten Tag nach der Wahl bis 14 Uhr bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangen.

Die Kandidatur

Nicht einzelne KandidatInnen, sondern Parteien werden gewählt (Listenwahlrecht). Zur Kandidatur berechtigt sind wahlwerbende Gruppen – es muss

keine Partei im Sinne des Parteigesetzes sein³ –, die einen Wahlvorschlag an die zuständige Wahlbehörde einbringen.

Die Parteien nominieren ihre KandidatInnen (für Regional-, Landes-, Bundeswahlkreis) auf Listen gemäß der drei Ebenen der Mandatsvergabe. Es gibt pro Bundesland einen Landeswahlvorschlag, der aus einer Landesparteiliste und mehreren Regionalparteilisten besteht. Für diesen sind entweder die Unterschriften von drei Nationalratsabgeordneten oder aber (je Bundesland unterschiedlich viele) Unterstützungserklärungen seitens der Wahlberechtigten notwendig. Auf Bundesebene kandidierende Parteien bringen einen Bundeswahlvorschlag ein, dessen KandidatInnen auf Bundesparteilisten aufgeführt sind. Für eine Kandidatur bundesweit sind 2.600 Erklärungen und neun Wahlvorschläge nötig. PolitikerInnen können auf mehreren Listen genannt werden, dürfen pro Ebene aber nur einmal kandidieren.

Die Stimmabgabe am Wahltag

Es gibt österreichweit ca. 13.000 Wahllokale⁴, außerdem sucht eine besondere Wahlbehörde jene Personen auf, die aus Krankheits-, Alters- oder sonstigen Gründen (Strafgefangene, die nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, etc.) nicht das Wahllokal besuchen können, aber vor einer Wahlbehörde per Wahlkarte wählen möchten.

Man kann nur für eine Partei stimmen und jeweils eine Vorzugsstimme für eine/n Kandidaten/in auf Landesebene und für eine/n Kandidaten/in auf Regionalebene vergeben.⁵ Die Wahl erfolgt nach dem Prinzip „Kreuzerl sticht Vorzugsstimme“: Wenn man Partei A wählt und eine Vorzugsstimme für eine/n Kandidaten/in der Partei B vergibt, zählt die Vorzugsstimme nicht, die Stimme für Partei A aber schon.

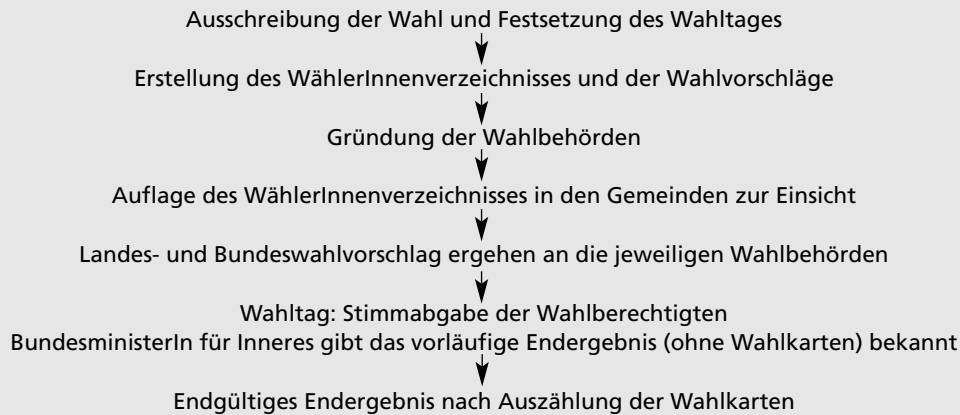
Verwendete Literatur

Dachs, Herbert /Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert (u.a.) (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien 2006, S. 283.
Nationalrats-Wahlordnung 1992 via <http://www.bmi.gv.at/wahlen/>, <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html>, (6.7.2007)

- 1 Für Wahlen zum Europäischen Parlament gibt eine Europa-WählerInnenevidenz mit eigenen Bestimmungen für EU-BürgerInnen.
- 2 Personen, die vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung in die WählerInnenevidenz das 14. Lebensjahr vollendet haben, <http://www.bmi.gv.at/wahlen/waehlerevidenzen.asp> (letzter Zugriff 13.7.2007)
- 3 http://www.bmi.gv.at/wahlen/nationalratswahl_ueberblick.asp (letzter Zugriff 13.7.2007)
- 4 <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html> (letzter Zugriff 6.7.2007)
- 5 „Für den Regionalwahlkreis und für den Landeswahlkreis kann jeweils nur eine Vorzugsstimme vergeben werden“, http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_gueltigkeit.asp (letzter Zugriff 13.7.2007)

Petra Mayrhofer

STECKBRIEF EINER WAHL IN ÖSTERREICH AM BEISPIEL DER WAHLEN ZUM NATIONALRAT



WIE ENTSTEHT DAS WAHLERGEBNIS DER NATIONALRATSWAHL?

Nach der Auszählung der gültigen abgegebenen Stimmen kommt zur Verteilung der Mandate im → Nationalrat ein dreistufiges Ermittlungsverfahren zum Einsatz: Die ersten beiden Stufen des Ermittlungsverfahrens werden nach dem Hare'schen System berechnet, die dritte Stufe erfolgt danach nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren.

Zunächst wird für die Ermittlung die Wahlzahl bestimmt: Das ist die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen im Landeswahlkreis dividiert durch die im Landeswahlkreis zu vergebenden → Mandate. Die Wahlzahl sagt aus, wie viele Stimmen eine Partei in diesem Wahlkreis erhalten muss, um ein Mandat zu erlangen.

Ermittlungsverfahren

Im ersten Ermittlungsverfahren auf Ebene der 43 Regionalwahlkreise erhält jede Partei so viele Mandate, wie die Wahlzahl in der Summe aller für die Partei abgegebenen Stimmen im Regionalwahlkreis enthalten ist.

Dasselbe Verfahren wird nun auf Ebene der Landeswahlkreise angewendet. In diesem zweiten Ermittlungsverfahren werden nur mehr all jene Parteien berücksichtigt, die zuvor in mindestens einem Regionalwahlkreis ein Mandat („Grundmandat“, „Direktmandat“) erzielen konnten oder bundesweit mindestens vier Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben (Vier-Prozent-Klausel). Mandate, die die Partei bereits im ersten Ermittlungsverfahren erzielt hat, werden abgezogen.

Bundesweiter Proportionalausgleich im dritten Ermittlungsverfahren

Beim Hare'schen System bleiben immer Reststimmen übrig, die nun im dritten Ermittlungsverfahren Berücksichtigung finden. Es werden die → Mandate

in ganz Österreich vergeben. Der Kreis der teilnahmeberechtigten Parteien verengt sich nun nochmals: Voraussetzungen dafür, in diesem Verfahren Mandate erhalten zu können, sind mindestens ein Mandat in einem Regionalwahlkreis oder bundesweit mindestens vier Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen sowie ein Bundeswahlvorschlag, das heißt, die Partei muss bundesweit kandidiert haben.

Es wird neuerlich eine Wahlzahl ermittelt – nun nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren. Dabei werden die Summen der Reststimmen jeder Partei ihrer Größe nach geordnet und nebeneinander aufgelistet. Unter jede der einzelnen Zahlen werden jeweils deren Bruchteile geschrieben, also die Hälfte, darunter das Drittel u.s.w.

Als Wahlzahl gilt bei einem zu vergebenden Restmandat (jenen Mandaten, die nicht bereits im ersten und zweiten Ermittlungsverfahren vergeben wurden) die größte, bei zwei Restmandaten die zweitgrößte, bei drei Restmandaten die drittgrößte der aufgelisteten Zahlen. Jede Partei erhält so viele Mandate, wie diese Wahlzahl in der Gesamtsumme der Reststimmen enthalten ist.

Diese nun ermittelte Mandatsaufteilung wird mit der bisher in den beiden anderen Ermittlungsverfahren berechneten verglichen. Parteien, die nun mehr Mandate erzielen, erhalten die Differenz.

Petra Mayrhofer

Quellen:

http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/zd/documents/webobj/023890.pdf#pagemode=bookmarks,
<http://www.bmi.gv.at/Wahlen/> (letzter Zugriff 12.07.2007)
Woyke, Wichard: Stichwort: Wahlen. Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten. Wiesbaden 2005, S. 32–35.
Müller, Wolfgang C.: Das Parteiensystem, in: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien 1997, S. 217f.